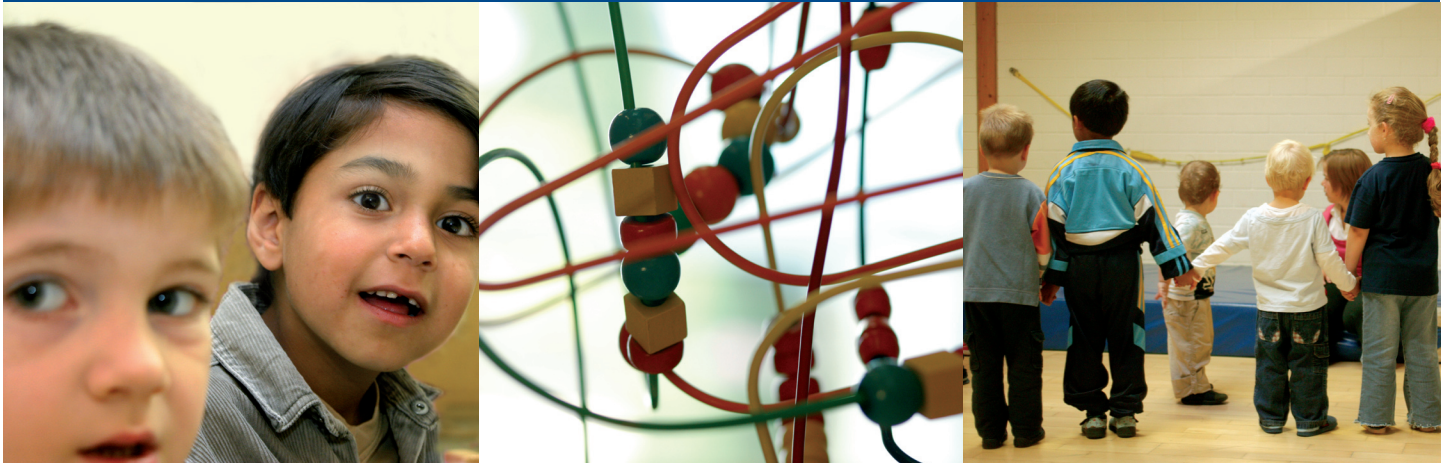


# Jedes Kind zählt – Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder als zukunftsweisende Aufgabe einer vorsorgenden Gesellschaftspolitik

Expertise im Auftrag der Bertelsmann Stiftung



# Jedes Kind zählt – Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder als zukunftsweisende Aufgabe einer vorsorgenden Gesellschaftspolitik

Expertise im Auftrag der Bertelsmann Stiftung

Gütersloh 2006

Erstellt von

Professorin Dr. Uta Meier-Gräwe  
Justus-Liebig-Universität Gießen  
Lehrstuhl für Wirtschaftslehre des  
Privathaushalts und Familienwissenschaften  
E-Mail: meieruta@aol.com

Kontakt:

Anette Stein  
Projektleiterin „Kinder früher fördern“  
Bertelsmann Stiftung

Phone: +49 5241 81 - 81583  
E-Mail: anette.stein@bertelsmann.de  
URL: <http://www.bertelsmann-stiftung.de>  
<http://www.kinder-frueher-foerden.de>

# Inhalt

Exposee .....	4
1. Vorbemerkung .....	6
2. Kinder in armen und prekären Lebenslagen .....	7
3. Zusammenhang von Kinder- und Familienarmut .....	11
4. Kontextgebundenheit von Kinderarmut.....	14
5. Haushaltsbezogene Armutstypologie.....	16
Die verwalteten Armen (Typ 1) .....	17
Die erschöpften EinzelkämpferInnen (Typ 2).....	18
Die ambivalenten JongleurInnen (Typ 3) .....	19
Die vernetzten Aktiven (Typ 4).....	21
6. Armutsprävention als Grundlage zu mehr Bildungsgerechtigkeit.....	22
7. Fazit .....	28
Literatur .....	29

## Exposee

Ob und wie Kinder in den ersten Lebensjahren begleitet und unterstützt werden, bestimmt wie kaum etwas anderes den Zustand und die Perspektiven einer Gesellschaft. Diese Erkenntnis hat zu einer neuen Dynamik in der Debatte um die Bedeutung frühkindlicher Bildung geführt. Die Frage ist allerdings, in welcher Weise bereits in der frühen Kindheit herkunftsbedingte Benachteiligung abgeschwächt und sozialer Selektion vorgebeugt werden kann.

In der Fachöffentlichkeit wird unter Hinweis auf neue Erkenntnisse der Hirnforschung betont, dass es für den Erwerb beispielsweise lautsprachlicher oder grob- und feinmotorischer Fähigkeiten sogenannte Zeitfenster gibt – die jedoch keineswegs in ausreichendem Maße beachtet werden. Je mehr kontextgebundene Anregung und individuelle Förderung ein Kind in seinen ersten Lebensjahren erhält, umso besser verläuft seine Entwicklung. Kinder profitieren am meisten, wenn sie „selbstwirksam“, „selbstbildend“ lernen und aktiv beteiligt werden. Konsens besteht heute auch darüber, dass sich alle Bildungsangebote weitgehend aus den Erfahrungszusammenhängen von Kindern ergeben sollten, also eine unmittelbare Verbindung zu ihrer Lebenswelt und ihrem Alltag besteht.

Tatsache ist jedoch, dass Kinder heute unter zunehmend ungleichen sozioökonomischen Bedingungen groß werden. Die Zahl der Kinder, die in armen und prekären Lebensverhältnissen aufwachsen, nimmt zu – wie etwa eine aktuelle Längsschnittstudie zeigt. Mehr als 40 Prozent aller Kinder in Deutschland, die in mindestens zwei zentralen Lebensbereichen (materielle, kulturelle oder soziale Versorgung sowie psychische, physische Lage) benachteiligt sind, erhalten in ihren ersten Lebensjahren keinerlei professionelle Unterstützung jenseits der Kindertagesstätte, die sie besuchen. Diese Erkenntnis und andere Befunde verdeutlichen, dass es großer Anstrengungen und integrierter Konzepte von Seiten des Bundes, der Länder und der Kommunen bedarf, um das Aufwachsen von Kindern von Anfang an differenziert zu unterstützen und zu begleiten.

Welcher politisch-strategische Steuerungsbedarf erwächst aus dieser Bestandsaufnahme für das System frühkindlicher Bildung und für die Gestaltung von Sozialräumen in den Städten und Gemeinden? Auf kommunaler Ebene gibt es eine Vielzahl guter nationaler und internationaler Initiativen und Projekte – wie z.B. die Early Excellence Center in Großbritannien. Sie zielen darauf ab, Kinder altersgerecht zu fördern, Eltern in ihren Kompetenzen zu stärken und Gefahren rechtzeitig zu erkennen. Stichworte sind hier: Frühförderung, Vernetzung von bestehenden Hilfen vor Ort, Einbindung von bürgerschaftlichem Engagement sowie niedrigschwellige Zugänge, um gerade auch jene Kinder zu erreichen, die keine Kita besuchen, deren Eltern oft sozial isoliert sind und die bestehende Förder- und Beratungsangebote nicht oder kaum nutzen.

Fest steht, dass solche Best-Practice-Modelle nicht ausreichen: Für ihre Verstetigung benötigen sie einen stimmigen sozial- und bildungspolitischen Rahmen, für den wesentlich Bund und Länder verantwortlich zeichnen. Dass es nach wie vor einen erheblichen Abstimmungs- und Koordinierungsbedarf innerhalb des föderalen Systems gibt, ist zwar unbestritten – Konsequenzen werden daraus aber nicht gezogen. Pointiert gesagt: Wir brauchen auf allen Handlungsebenen nicht nur eine Politik für mehr Kinder, sondern auch eine stärkere öffentliche Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern in benachteiligten Lebensumständen, um dem Ziel von Bildungsgerechtigkeit ein Stück näher zu kommen. Gemeinsame, verbindliche Ziele und eine klare Aufgabenteilung sind dazu dringend erforderlich. Nicht zuletzt angesichts der demografischen Entwicklung unserer Gesellschaft zählt jedes Kind.

## 1. Vorbemerkung

Die moderne Pädagogik versteht heute unter Bildung die bewusste Anregung der kindlichen Aneignungstätigkeit durch Erwachsene im Umfeld des Kindes. Bildung ist damit weit mehr als Information und mehr als Wissen: Sie ist auch Erfahrung, die zu vorausschauendem und kompetentem Handeln befähigt. Indem sich Kinder ein Bild von der Welt erarbeiten, entwickeln sie auch ein Bild von sich selbst, sie erwerben in diesem Selbstfindungsprozess ihre soziale Identität.

Aufgrund dieser elementaren entwicklungspsychologischen Prozesse kommt der frühkindlichen Bildung ein hoher Stellenwert zu. Es geht um die Förderung und Herausbildung von personalen, sozialen, sachbezogenen und lernmethodischen Kompetenzen in den ersten Lebensjahren und damit um eine Basis für die spätere schulische Entwicklung. Allerdings meint frühkindliche Bildung hier ausdrücklich nicht, schulische Bildungsangebote – wie etwa den Umgang mit Buchstaben und Zahlen – biografisch einfach vorzulagern.

Bildungsangebote können von Kindern nur dann richtig wahrgenommen werden, wenn sie in gut entwickelte Beziehungsstrukturen eingebettet sind. Deshalb ist es für die allgemeine Bildungsbereitschaft und die Wissensaneignung von Kindern gleichermaßen wichtig, dass ein Kind soziale Beziehungen in seiner Herkunftsfamilie und in seinem weiteren sozialen Umfeld aufbaut und sich in diesem Beziehungsnetz geborgen und emotional sicher fühlt. Konsens besteht heute auch darüber, dass sich alle Bildungsangebote weitgehend aus den Erfahrungszusammenhängen von Kindern ergeben sollten, also eine Verbindung zu ihrer Lebenswelt und ihrem Alltag haben. Beim Aufwachsen der Kinder sind deshalb die spezifischen familialen Lebenslagen und Umfeldbedingungen zu berücksichtigen, um ihnen die größtmögliche individuelle Förderung zu geben.

Kinder wachsen heute unter zunehmend ungleichen familialen und sozioökonomischen Kontextbedingungen auf. Es bedarf daher großer Anstrengungen und integrierter Konzepte, um sie differenziert zu unterstützen und zu begleiten. Die Polarisierung der Bildungs- und Lebenschancen von Kindern und ihren Eltern ist inzwischen durch repräsentative Analysen belegt. Medial viel beachtete Ereignisse wie jüngst der Hilferuf aus der Berliner Rütli-Schule signalisieren einen enormen politischen Handlungsbedarf von Bund, Ländern und Kommunen.

## 2. Kinder in armen und prekären Lebenslagen

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts nimmt in Deutschland die Anzahl der Menschen in Armut und prekärem Wohlstand zu – trotz eines insgesamt hohen Wohlstandsniveaus. Diese Entwicklung geht einher mit Tendenzen einer zunehmenden sozialen Polarisierung zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen und manifestiert sich in einem größer werdenden Wohlstandsgefälle zwischen Arm und Reich.

Ende 2003 lebten in Deutschland 14,9 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Davon waren 7,2 Prozent auf Sozialhilfeleistungen angewiesen, von Kindern ohne deutschen Pass waren es sogar 14,9 Prozent. Zum Vergleich: Im Durchschnitt der Gesamtbevölkerung haben lediglich 3,4 Prozent zu diesem Zeitpunkt Sozialhilfe bezogen. In der bundesdeutschen Gesellschaft sind es folglich überdurchschnittlich häufig Kinder, die in Armut oder in prekärem Wohlstand aufwachsen. Dafür hat sich in der Fachdiskussion der Begriff der „Infantilisierung von Armut“ durchgesetzt.

Im Zeitverlauf betrachtet scheint zwar die individuelle Verbleibsdauer in Armutslagen eher rückläufig zu sein. Armut trifft aber heute eine größere Anzahl von Menschen – darunter viele Kinder. Und es gibt nach wie vor einen harten Kern von Armen, bei denen das soziale Phänomen mehrdimensionaler Deprivation intergenerationell weitergegeben, das heißt an die Kinder „vererbt“ wird.

Doch nicht nur den Personen in verfestigten bzw. sequenziellen Armutslagen muss sozialpolitische Aufmerksamkeit zuteil werden, sondern auch jenen, die in prekärem Wohlstand leben. Darunter sind empirisch jene Personen zu verstehen, die knapp oberhalb der Armutsgrenze leben. Hier genügt oft schon ein Lebensereignis wie Erwerbslosigkeit oder die Geburt eines (weiteren) Kindes, um unter die Armutsschwelle abzurutschen. Armut- und Ungleichheitsforscher haben bereits in den 1990er Jahren auf diese Problematik verwiesen.

Schließlich sind jene Personen zu betrachten, die zwar in Vollzeit erwerbstätig sind, aber dennoch als arm gelten, weil das erzielte Einkommen nicht bedarfsdeckend ist (Working poor). Ursachen für „Working poor“ sind vor allem prekäre Beschäftigungsverhältnisse, die sich infolge der Strukturkrisen am Arbeitsmarkt deutlich ausweiten oder als Folge arbeitsmarktpolitischer Rahmensetzungen Verbreitung finden. Bei Zugrundelegung der neuen OECD-Skala (60 Prozent Median) hat sich die Quote relativer Einkommensarmut zwischen 2000 und 2003 bei Paaren mit Kindern von 10,3 auf 13 Prozent und bei Alleinerziehenden von 28,6 auf 31,6 Prozent erhöht (ZUMA 2005, S. 5).

Folgt man der begründeten Zukunftsprognose eines eher moderaten Wirtschaftswachstums, einer Zunahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen und teilt die Einschätzung, dass Industrie- und Dienstleistungsunternehmen ihre Rationalisierungspotenziale auch in Zukunft

entschieden nutzen werden, so ist ein Abrutschen eines Teils der heute in prekärem Wohlstand lebenden Menschen unter die Armutsgrenze keineswegs auszuschließen. Prinzipiell bleibt festzustellen, dass Armut – gesellschaftspolitisch betrachtet – kein neutraler Begriff ist. In jeden Versuch einer wissenschaftlichen Begriffsbestimmung fließen politische Implikationen ein. Folglich gibt es keinen unstrittigen Armutsbegriff in der politischen Auseinandersetzung. Die Tatsache, dass Armut selbst im entwickelten Sozialstaat nicht vermieden werden kann, stellt offensichtlich „per se“ ein Politikum dar.

Keine Einigkeit gibt es innerhalb der Armutsforschung auch darüber, ob Armut objektiv oder subjektiv gemessen wird, ob beide Perspektiven vonnöten sind oder eine statische oder dynamische Betrachtungsweise von Armut vorgenommen werden soll. Trotz aller Differenzen, die es innerhalb des Armutsdiskurses gibt, besteht jedoch weitgehend Konsens darüber, dass Armut eine relative Größe gegenüber der jeweiligen Referenzgesellschaft darstellt. Obwohl die relative Einkommensarmut – neben der Orientierungsgröße „Sozialhilfebezug“ – bei der empirischen Beschreibung von Armut- und prekären Wohlstandslagen eindeutig dominiert, wird die Vielschichtigkeit armutsrelevanter Bereiche in der Lebenswelt der Betroffenen wahrgenommen.

Unterversorgungslagen zeigen sich insbesondere in den folgenden Lebensbereichen:

**Bildung:** Seit Mitte der 1980er Jahre hat in Deutschland der Anteil der Väter und Mütter, die keine Berufsausbildung abgeschlossen haben, stetig zugenommen (BMAS 2001). Damit sind die Zugangschancen der erwachsenen Haushaltsmitglieder zum Arbeitsmarkt außerordentlich problematisch. Arbeitslosigkeit, prekäre und/oder diskontinuierliche Beschäftigungsverhältnisse mit geringen Einkommen sind die Folge, was die Bedingungen zur Gestaltung des Zusammenlebens mit Kindern nachweislich erschwert. Darüber hinaus mindert eine fehlende oder unzulängliche schulische und berufliche Bildung der Eltern auch ihre Möglichkeiten zur Bewältigung der vielfältigen Alltagsanforderungen in einer komplexer gewordenen Welt. Daraus ergeben sich erhebliche Einschränkungen für die Entwicklungschancen ihrer Kinder – und zwar sowohl für die Erlangung von Alltagskompetenzen als auch für den Erwerb von kognitiven und schließlich sozial-emotionalen Kompetenzen.

Die vergleichsweise großen strukturellen Vermittlungsprobleme bildungsferner Eltern am Arbeitsmarkt erzeugen permanenten Geldmangel und ein brüchiges Selbstwertgefühl. Zudem sind sie oft kaum in der Lage, ihren Kindern die nötige Unterstützung für bessere Bildungs- und Lebenschancen zu geben. Umgekehrt wird derzeit durch öffentliche Sozialisationsinstanzen keine hinreichende Kompensation herkunftsbedingter Bildungsarmut erreicht, wie die PISA- und IGLU-Studie gezeigt haben. Selbst bei gleich guten Leistungen erfahren Kinder aus benachteiligten sozialen Milieus keine adäquate Förderung.

**Wohnen:** Einkommensarmut geht tendenziell einher mit einer vergleichsweise hohen Mietbelastung bei gleichzeitig schlechter Wohnqualität, insbesondere in Ballungsräumen. Raumnot und die damit verbundenen fehlenden Rückzugsmöglichkeiten, ein schlechter baulicher Zustand von Wohnungen, die oft an verkehrsreichen Straßen gelegen sind, beeinträchtigen das Aufwachsen der betroffenen Kinder. Hinzu kommt, dass sich seit Jahren Tendenzen von Wohnsegregation verstärken, d.h. dass diese Kinder überwiegend in benachteiligten Stadtteilen und Wohnquartieren aufwachsen, unter „ihresgleichen“ bleiben und damit ausgegrenzt werden.

**Gesundheit:** Einkommensarmut korreliert mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen: Untersuchungen belegen die überproportionalen Kariesprävalenz- und Übergewichtsraten bei Grundschulkindern aus einkommensarmen Familienhaushalten, Entwicklungsverzögerungen im kognitiven, sprachlichen und motorischen Bereich, aber auch eine erhöhte Frühgeburtlichkeit und die unregelmäßige Inanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen und Impfungen. Über 30 Prozent der Kinder werden deshalb nicht regulär eingeschult.

**Ernährung:** Da die Ernährung einen Bereich der Grundversorgung darstellt, der zu den wenigen flexiblen Ausgabeposten in armen Haushalten gehört, machen viele Kinder die Erfahrung einer sehr einseitigen oder völlig defizitären Essensversorgung, weil zu wenig bzw. im letzten Drittel des Monats gar kein Geld mehr verfügbar ist. Viele Eltern versuchen auch, ihre Kinder für die trostlose Lebenslage insgesamt wenigstens mit bestimmten erschwinglichen Lebensmitteln (Süßigkeiten, Kuchen) zu entschädigen (Meier-Gräwe 2005). Hier wirken sich elterliche Bildungsdefizite besonders negativ aus und führen zu Übergewicht und zu anderen ernährungsbedingten Krankheiten.

**Gesellschaftliche Teilhabe:** Einkommensarme Eltern scheitern oft an den Zugangs- und Strukturbedingungen gesellschaftlicher Integration. Sie reduzieren ihre sozialen Kontakte häufig aus Schamgefühl, weil sie ausgegrenzt werden und/oder weil sie aus Geldnot nicht am allgemeinen gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Diese Praxis betrifft auch ihre Kinder und engt deren Erlebnis- und Erfahrungshorizont empfindlich ein. Gemeinsame Freizeitaktivitäten haben Seltenheitswert, Einladungen zu Kindergeburtstagen unterbleiben wegen der beengten Wohnverhältnisse oder aus Angst vor dem Urteil über ihre Lebenssituation. Umgekehrt können Einladungen häufig nicht angenommen werden, weil das Geld für Geschenke fehlt. Auch im schulischen Alltag bleiben Kinder von gemeinsamen Ausflügen oft ausgeschlossen, weil die dafür erhobenen Beiträge nicht gezahlt werden können. Unbefriedigend ist derzeit auch die Repräsentanz und Mitwirkung von armen Kindern an einer angemessenen politischen Interessenvertretung.

Allerdings variiert die Anzahl der betrachteten Dimensionen (Erwerbsarbeit, Bildung, Wohnen, Gesundheit, Ernährung, Umwelt, soziale Netze, kulturelle, politische Partizipation etc.) je nach Erkenntnisinteresse der vorliegenden Studien. Obwohl der dahinter stehende Lebenslagenansatz vielfach als geeignet angesehen wird, weil er sich auf die gesamte Facette von Faktoren bezieht, die in ihrem wechselseitigen Bezug als armutsrelevant angesehen werden, dominiert in der empirischen Forschung nach wie vor der verkürzende Ressourcenansatz. Er fußt auf einem materiellen Verständnis von Armut. Verschiedene Ressourcen, die insgesamt das soziokulturelle Existenzminimum ausmachen, werden zusammengeführt; ein Unterschreiten dieses Existenzminimums wird als Armut definiert.

Armut wird also höchst unterschiedlich betrachtet und gemessen:

**Bezug von Sozialhilfe:** Laufende Hilfen zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen zum Jahresende (Stichtagsmessung). Hier wird Armut vom Mindesteinkommen getrennt. Dieser pragmatische Zugang hat den Vorteil, dass ein hoher Konsens über die Art der Armutsmessung erreicht und bekämpfte Armut dokumentiert wird. Der Nachteil liegt in der Nichterfassung von verdeckter/latenter Armut, das heißt von Anspruchsberechtigten, die aus verschiedenen Gründen keine Sozialhilfe beantragen. Immerhin gibt es durchaus ernst zu nehmende Schätzungen, die davon ausgehen, dass der Anteil von verdeckter/latenter Armut fast so hoch ist wie der von bekämpfter Armut. Dadurch kann es zu einer Fehleinschätzung der Zahl der von Armut betroffenen Personen sowie ihrer sozialen Zusammensetzung kommen. Von entscheidender Bedeutung für den Umfang der von Sozialhilfe abhängigen Kinder und ihren Eltern werden in den kommenden Jahren die Folgen der Arbeitsmarktreform und die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zum Arbeitslosengeld II seit dem 1.1.2005 (Hartz VI) sein. Der Paritätische Wohlfahrtsverband prognostiziert eine deutliche Zunahme von Kinderarmut und geht von 1,6 Millionen Kindern unter 15 Jahren aus, die Sozialgeld beziehend (DPWV 2005, S. 17).

**Unterschreiten des Nettoäquivalenzeinkommens:** Hier wird das nach Haushaltstypen standardisierte mittlere Einkommen in der Referenzgesellschaft als Bezugsgröße gewählt. Dabei werden Personen als arm definiert, wenn ihr gewichtetes Haushaltsnettoeinkommen weniger als 50 Prozent des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens beträgt. Um die unterschiedliche Intensität von Armut zu erfassen, wird außerdem bei weniger als 60 Prozent des Durchschnitts von einem „Armutsrisiko“ gesprochen und bei Unterschreiten von 40 Prozent von „verschärfter Armut“. Zur Standardisierung der Einkommen der Haushaltstypen werden die Gewichtungen gemäß der Sozialhilferegelsatzproportionen zwischen 1,0 und 0,3 pro Person verwendet. Im Gegensatz zum Pro-Kopf-Einkommen wird in diesem Falle das Haushaltsnettoeinkommen nicht durch die Zahl der Köpfe, sondern durch die Summe der Bedarfsgewichte dividiert.

**Multiple Deprivation:** Hier wird von mehreren materiellen wie nichtmateriellen Faktoren ausgegangen, die eine soziokulturell angemessene Lebensqualität ausmachen. Der Ansatz legt Schwellenwerte für einzelne Dimensionen und für die Anzahl der Dimensionen fest, in denen eine Person/ein Haushalt benachteiligt sein kann, um sie/ihn als arm anzusehen. Zum Beispiel: Kein allgemeiner und/oder beruflicher Bildungsabschluss, weniger als ein Wohnraum pro Person bei gleichzeitiger Unterschreitung von 50 Prozent des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens wird als Kumulation von Unterversorgungslagen betrachtet und damit als eine verschärfte Armutssituation der Haushaltsmitglieder interpretiert.

### 3. Zusammenhang von Kinder- und Familienarmut

In der einschlägigen Armutsforschung werden Lebens- und Haushaltsformen berücksichtigt, in denen Kinder aufwachsen. Dabei werden das Familien- bzw. Haushaltseinkommen und die Bedarfe haushaltstypenspezifisch in Abhängigkeit von Haushaltsgröße, Kinderzahl, Zahl der Erwerbstätigen usw. in den Blick genommen. Allerdings fehlt bislang die differenzierte Wahrnehmung der Individuen, die in Familie und Haushalt zusammenleben. Ihre unterschiedlichen Handlungsspielräume und Lebenschancen werden folglich vernachlässigt oder als im Haushaltssystem gleich gut oder gleich schlecht verteilt angenommen – eine statistische und sozialpolitische Fiktion. Dass die Realität anders aussieht, belegen Untersuchungen, welche die ungleiche Verteilung von Ressourcen innerhalb des Handlungssystems Familie bzw. Haushalt zum Gegenstand haben.

So sind die Handlungschancen und -grenzen für Kinder und Jugendliche anderer Art als die Handlungsspielräume der erwachsenen Familienmitglieder, die der erwerbslosen Väter wiederum andere als die der Mütter. Bekannt ist, dass bestimmte sozial- und familienpolitische Transfers, die in der Regel dem Einkommen des männlichen Haushaltsvorstandes zugeschlagen werden, innerfamiliäre Verteilungsprobleme erzeugen und oftmals nicht bei den Müttern und Kindern landen. Dieses Phänomen manifestiert sich auch in Familienhaushalten, die von Armut betroffen sind oder sich in prekären Lebenslagen befinden. Übermäßiger Alkoholkonsum eines arbeitslosen männlichen Haushaltsvorstandes kann zum Beispiel dazu führen, dass seine Kinder an kumulativen Unterversorgungslagen (Ernährung, Kleidung, sozialer Kontakt), also an manifester Armut leiden, obwohl die Höhe der Arbeitslosenunterstützung zuzüglich kindorientierter Transferleistungen die Annahme einer prekären Lebenslage aller Haushaltsmitglieder jenseits der Armutsschwelle nahelegt.

Um diese Problematik konzeptionell angemessen zu berücksichtigen, erweist es sich als sinnvoll, einen Haushaltsstilansatz zu verwenden. Haushaltsstile sind typische Muster der Alltagsorganisation und -versorgung, die zum einen durch die verfügbaren Ressourcen eines Haushalts, aber auch durch die getroffenen Lebensplanungen und Wertepräferenzen bestimmt werden. Haushaltsstile stellen kollektive Gestaltungsleistungen dar, denen haushaltsinterne Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse vorausgehen, die aber auch von Dominanz- und Autoritätsbeziehungen geprägt sind. Folglich werden Interessen und Bedarfslagen von Kindern keineswegs automatisch berücksichtigt. Ebenfalls müssen finanzielle Ressourcen und infrastrukturelle Rahmenbedingungen haushaltstypen- und milieuspezifisch in den Blick genommen werden, um Chancen für Handlungsalternativen zu eröffnen, aber auch um deutlich zu machen, wo Handlungsmöglichkeiten der Privathaushalte an bestehenden Strukturen enden.

Das vergleichsweise hohe Armutsrisiko von Kindern steht in einem engen Zusammenhang zu der familialen Lebensform, in der sie aufwachsen. Familienhaushalte von alleinerziehenden Müttern und Mehrkinderfamilien weisen sowohl ein höheres Zugangs- als auch ein höheres Verbleibsrisiko in Armutslagen auf als andere Lebensformen. So ist der Sozialhilfebezug in zwei Drittel aller Fälle nur in einer bestimmten Lebensphase charakteristisch ist („Episodencharakter von Armut“). Dagegen liegt das Risiko, dauerhaft auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen zu sein, bei Alleinerziehendenhaushalten mit weiblichem Haushaltsvorstand und bei Mehrkinderfamilien signifikant höher.

Aus familienwissenschaftlicher und sozialisationstheoretischer Perspektive ist das hohe Verbleibsrisiko in Armut von alleinerziehenden Müttern und ihren Kindern, bei Mehrkinderfamilien und bei ausländischen Familienhaushalten als problematisch anzusehen: zum einen mit Blick auf die aktuelle Lebenssituation, zum anderen mit Blick auf die Entwicklungschancen der Kinder. Der vorübergehende Sozialhilfebezug und die Erfahrung, durch Eigeninitiative und passfähige Unterstützungsangebote wieder zur Normalität zurückgefunden zu haben, können in der Tendenz eine die Persönlichkeit stabilisierende und Resilienz fördernde Wirkung haben. Dagegen läuft der Dauersozialhilfebezug auf Desillusionierung, auf soziale Isolation und die Erfahrung von Stigmatisierung hinaus. Für die heranwachsende Generation ist das vielfach gleichbedeutend mit einer weitgehenden Exklusion von gesellschaftlicher Teilhabe und Chancengleichheit.

Kinder brauchen für eine gelingende Kindheit ein zufriedenes und ausgeglichenes Herkunftsmilieu, materielle Sicherheit und die Vermittlung des Gefühls von Zuversicht und Zukunftsperspektive. Dieses Bedingungsgefüge fehlt in Elternhäusern, in denen die Ausgrenzung aus dem Erwerbsleben, Geldmangel und persönlich erlittene Niederlagen bei der Jobsuche auftreten. Die Beeinträchtigung von Wohlbefinden und Gesundheit geht mit einem Selbstwertverlust, häufig mit übermäßigem Alkoholgenuss einher und beeinträchtigt das Familienklima und die Beziehungen zu den Kindern.

Mitunter übernehmen Kinder dann Erwachsenenrollen, stellen ihre Bedürfnisse zurück, was zu Überforderung führen kann. Andere reagieren mit Aggression gegen sich und andere, mit Schulversagen oder werden zu Straßenkindern. Ohne hierbei einen Kausalzusammenhang zu unterstellen, belegen unterschiedliche Untersuchungen aus der Familien- und Sozialisationsforschung die Tendenz einer Kumulation von Benachteiligungen entlang des weiteren Lebenslaufs dieser Kinder. Eine Unterversorgung in finanzieller Hinsicht geht oft mit Unterversorgungslagen im Bereich Wohnen und Gesundheit einher und zieht Defizite in der Bildung und im beruflichen Werdegang nach sich. Denn selbst wenn das Ende des Bezugs von Sozialhilfe in den genannten Risikohaushaltstypen eintritt, schließt sich daran noch lange nicht die Rückkehr zur Normalität an. Meistens münden ihre Lebensverhältnisse in prekären Wohlstand, mit anderen Worten: Die Beendigung des Bezugs von sozialstaatlichen Transfers in Gestalt der Sozialhilfe ist nicht gleichbedeutend mit einem ausreichenden Familieneinkommen oder gar einem generellen Entkommen aus der Armutslage.

#### 4. Kontextgebundenheit von Kinderarmut

Armut von Kindern ist somit nie isoliert zu sehen, sondern muss stets in ihrem familienhaushaltsspezifischen Kontext, ihrem milieugeprägten Zuschnitt und im Zusammenhang mit den vorhandenen sozialräumlichen Gegebenheitsstrukturen analysiert werden. Die Betonung dieser Kontextgebundenheit von Kinderarmut richtet sich allerdings nicht gegen die Wahrnehmung von Kindern und Jugendlichen als einer eigenständigen Zielgruppe in der Armutsforschung und bei der Konzipierung von Strategien zur Armutsprävention.

Dass nicht Individuen, sondern Privathaushalte die grundlegenden Einheiten bilden, über die sich das System sozialer Ungleichheit in der bundesdeutschen Gesellschaft konkret ausformt, wird bislang in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Erst über die Einbindung der Individuen in den haushälterischen bzw. familialen Kontext werden ungleiche Chancen am Arbeitsmarkt letztlich zu faktischer Ungleichheit von Lebenschancen der Haushaltsmitglieder mit unterschiedlicher Geschlechts- und Generationenzugehörigkeit. Strohmeier hat bereits vor mehr als zehn Jahren auf der Basis der sozioökonomischen Panels sehr überzeugend herausgearbeitet, dass die Nachteile familialer Lebensformen gegenüber dem Leben ohne Kinder insbesondere die unteren Bildungs- und Einkommensgruppen betreffen (Strohmeier 1993).

Erst über die Einbindung des Einzelnen in einen je spezifischen Haushaltskontext werden ungleiche Chancen am Arbeitsmarkt letztlich zu faktisch ungleichen Lebenschancen und Lebenslagen von Frauen und Männern, Müttern und Vätern, Eltern und Kindern, Eltern und kinderlosen Paaren. Ob eine 35-jährige Bürokauffrau alleinstehend ist, ob sie mit einem Software-Ingenieur in einer ehelichen oder nichtehelichen Lebensgemeinschaft ohne Kinder ihren Alltag gestaltet oder als alleinerziehende Mutter mit zwei minderjährigen Kindern lebt, hat ganz gravierende Konsequenzen für ihre Wohlstandposition.<sup>1</sup> In der aktuellen Armuts- und Ungleichheitsforschung wird dieser Tatbestand zunehmend differenzierter berücksichtigt. Diese Perspektive macht deutlich, dass sich in der Bundesrepublik Deutschland Familienhaushalte insbesondere gegenüber kinderlosen Paaren und alleinstehenden Männern in vergleichsweise benachteiligten Lebenslagen befinden.

---

<sup>1</sup> Relative Wohlstandspositionen beschreiben Einkommensunterschiede zwischen verschiedenen Lebensformen. Sie verdeutlichen die Abweichungen der durchschnittlichen Einkommen einzelner Lebensformen vom durchschnittlichen Einkommen aller Lebensformen. Dabei wird das durchschnittliche gewichtete Pro-Kopf-Einkommen der Lebensformen gleich 100 Prozent gesetzt.

Nicht verheiratete und verheiratete zusammenlebende Paare ohne Kinder weisen mit bis zu 153 Prozent die insgesamt höchsten Wohlstandspositionen auf. Noch steiler wird dieses Einkommensgefälle, wenn die Pro-Kopf-Einkommen bzw. Äquivalenzeinkommen zugrunde gelegt werden. Um das ökonomische Wohlstandsniveau kinderloser Paare zu erreichen, müssten Eltern und ihren Kindern pro Monat bis zu 600 Euro mehr zur Verfügung stehen. Besonders steil ist das Einkommensgefälle zwischen kinderlosen Paaren und Paaren mit Kindern in Lebensphasen, in denen grundsätzlich die Entscheidungen für das erste Kind oder für weitere Kinder fallen (Eggen 2004). Besonders niedrig sind die Einkommen von jungen Familien, also von Familien mit Kindern unter drei Jahren oder von Müttern unter 35 Jahren. Oftmals sind die Pro-Kopf-Einkommen auch in späteren Lebensphasen mit Kindern kaum höher. So zeigt erst eine phasenspezifische Betrachtung der Pro-Kopf-Einkommen der Ehepaare mit Kindern, dass die grundsätzlich steigenden Nettoeinnahmen nicht mit dem wachsenden Bedarf der Familien mithalten.

Je mehr Kinder in einem Familienhaushalt leben, desto häufiger verfügen sie nur über ein Niedrigeinkommen. Das gilt auch für Ehepaare mit Kindern: Während Ehepaare mit einem und selbst mit zwei Kindern (bezogen auf alle Lebensformen) eher selten ein Niedrigeinkommen haben, erhöht sich bei Ehepaaren mit drei und mehr Kindern das Einkommensrisiko auf 13 Prozent bzw. auf 22 Prozent. Zudem gilt, dass mit steigendem Alter der Kinder keineswegs immer der Anteil von Ehepaaren mit Kindern in wirtschaftlich schwierigen Lebenslagen sinkt. Im Gegenteil: In einzelnen Altersphasen der Kinder steigt dieser Anteil sogar, etwa bei Ehepaaren mit Schulkindern. Erst wenn die Kinder volljährig sind, geht er deutlich zurück.

Kinder verheirateter Eltern wachsen im Vergleich zu anderen familialen Lebensformen relativ selten unter ökonomisch schwierigen Bedingungen auf. Bemerkenswert ist auch, dass die Einkommenssituation von Paaren mit Kindern in Ostdeutschland – gemessen am regionalen Schwellenwert – günstiger ist als die der Familien in Westdeutschland. Vor allem Eltern mit Kindern unter sechs Jahren erreichen in Ostdeutschland höhere Wohlstandspositionen. Hier zeigt sich einmal mehr, dass die vergleichsweise hohe Erwerbsbeteiligung der ostdeutschen Mütter mit Klein- und Vorschulkindern ein Schutzfaktor vor Armutslagen und prekärem Wohlstand ist. Der zeitliche Umfang der jeweiligen Erwerbsbeteiligung (Vollzeit oder Teilzeit) scheint eher nachrangig zu sein für die ökonomische Situation der Familie – sofern es sich um sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze handelt. Dagegen fällt die durchschnittliche Wohlstandsposition eines Familienhaushalts sichtlich ab, wenn nur ein Elternteil erwerbstätig ist. Allerdings schützt auch die Vollzeiterwerbstätigkeit beider Eltern die Familie nicht immer vor ökonomisch prekären Verhältnissen (Eggen 2004).

Generell verringert sich für Kinder die Wahrscheinlichkeit, in einer prekären wirtschaftlichen Situation aufzuwachsen, wenn beide Eltern erwerbstätig sind. Im Osten liegt der Anteil von

Elternpaaren mit zwei Einkommen immer noch höher als in Westdeutschland. Kommt es zum Verlust des Arbeitsplatzes eines Vaters, führt das bei Fortbestehen des Erwerbseinkommens der Mutter im Osten nicht zwangsläufig in wirtschaftlich schwierige Verhältnisse, wie das bei Alleinverdiener-Familienhaushalten in Westdeutschland dagegen der Regelfall ist. Dies scheint einer der Gründe zu sein, weshalb trotz hoher Arbeitslosenquoten in Ostdeutschland die Sozialhilfequoten immer noch niedriger sind als die Quoten in den meisten westdeutschen Bundesländern.

Verglichen mit anderen europäischen Staaten ist in Deutschland die ökonomische Situation von Kindern alleinerziehender Frauen besonders oft problematisch. Deutlich besser sind die ökonomischen Lebenslagen von Kindern alleinerziehender Mütter in Schweden und in Finnland: Weniger als 10 Prozent von ihnen leben dort in wirtschaftlich schwierigen Verhältnissen. Dagegen befinden sich hierzulande Kinder alleinerziehender Mütter in der Regel in den vergleichsweise niedrigsten Wohlstandspositionen und leben oft und über einen relativ langen Zeitraum in ökonomisch prekären Verhältnissen. Alleinerziehende Frauen weisen mit 56 Prozent die insgesamt vergleichsweise niedrigsten Wohlstandspositionen auf und sind zu meist jünger als 35 Jahre. Auffällig ist der große Anteil wirtschaftlich schwieriger Lebenslagen alleinerziehender Frauen mit Kindern unter drei Jahren und/oder im Kindergartenalter. Selbst bei älteren Alleinerziehenden mit Kindern im schulpflichtigen Alter bleibt das Risiko einer wirtschaftlich prekären Situation hoch.

## **5. Haushaltsbezogene Armutstypologie**

Eine qualitative Analyse von Haushalten in armen und prekären Lebenslagen hat durchgängig insgesamt zwölf Lebenslagenindikatoren vergleichend berücksichtigt und eine haushaltsbezogene Armutstypologie generiert. (Meier/Preuße/Sunnus 2003) Alle untersuchten Haushalte konnten dieser Typologie analytisch eindeutig zugeordnet werden. Das steht nicht im Widerspruch zu der Tatsache, dass sich bestimmte Charakteristika eines Typs durchaus auch bei einem anderen finden lassen:

Typ 1:	Die verwalteten Armen
Typ 2:	Die erschöpften EinzelkämpferInnen
Typ 3:	Die ambivalenten JongleurInnen
Typ 4:	Die vernetzten Aktiven

Armut hat im wahrsten Sinne des Wortes „viele Gesichter“. Deshalb ist es kaum hilfreich, von „den armen Haushalten“ und damit auch nicht von „den Herkunftsverhältnissen armer Kinder“ zu sprechen.

### **Die verwalteten Armen (Typ 1)**

Dieser Armutstyp ist durch das soziale Phänomen einer generationsübergreifenden Armut charakterisiert. Seine RepräsentantInnen verfügen über vielfältige und langjährige Erfahrung und Routine im Umgang mit Armut, aber auch mit den Behörden und Institutionen, die – verwaltungstechnisch gesehen – für diverse Probleme von verstetigter Armut zuständig sind. Umgekehrt sind diese Haushalte in den entsprechenden Einrichtungen seit langem bekannt. Ohne institutionelle Netzwerke gelingt die Alltagsbewältigung kaum noch. Typisch sind regelmäßige Kontakte zum Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) oder zu VertreterInnen der sozialpädagogischen bzw. haushaltsbezogenen Familienhilfe, um die Eltern-Kind-Beziehungen zu stabilisieren oder die Grundversorgung des Haushalts zu gewährleisten.

Charakteristisch sind vergleichsweise niedrige Alltagskompetenzen und eine eher geringe Erwerbsorientierung. Man trifft auf das Phänomen „entglittener“ Zeitstrukturen; es bereitet oftmals schon Mühe, zwei bis drei Termine pro Woche zu koordinieren. Als Eltern sind die Erwachsenen weder mental noch alltagspraktisch in der Lage, ihren Kindern Daseinskompetenzen wie Bindungs- und Konfliktfähigkeit, Durchhaltevermögen, emotionale Stabilität oder häusliche Grundkompetenzen zu vermitteln. Selbst bei gutem Willen besteht eine ausgeprägte Hilflosigkeit, den Kindern zu einem Schulerfolg zu verhelfen, was angesichts der problematischen elterlichen „Schul- und Ausbildungskarrieren“ kaum überraschen kann.

#### **Unterstützungsbedarfe für Kinder, die in diesem Haushaltstyp aufwachsen:**

Erste Priorität in der Arbeit mit diesen Familienhaushalten hat die Gewährleistung von Wohl und Gesundheit der Kinder. Es geht dabei in einigen Fällen schlicht und einfach um lebensrettende Maßnahmen. Vernachlässigung, mitunter auch körperliche und sexuelle Gewalt führen dazu, dass Kinder vorübergehend oder auf Dauer aus der Familie herausgenommen und in Pflegefamilien oder in Heimen untergebracht werden.

Interventionen dieser Art oder die Kombination aus Fremdunterbringung und ambulanten Maßnahmen der Jugendhilfe müssen aufeinander abgestimmt werden. Jugendhilfe hat für diese Form der Krisenintervention vielfältige Maßnahmen entwickelt, die in der Regel auch zum Einsatz kommen.

Demgegenüber besteht ein großer, bisher keineswegs gedeckter Handlungsbedarf im Bereich der systematischen Armutsprävention, um diese Kinder vor dauerhaften und massiven Benachteiligungen in den Bereichen Wohnen, Bildung und Gesundheit zu schützen und den Teufelskreis der intergenerationellen Weitergabe von Armut zu durchbrechen. Hier sind armutspräventive Maßnahmen einer sensiblen Kinder- und Jugendarbeit von der gezielten Frühförderung über eine verlässliche Begleitung und Unterstützung dieser Kinder in der Schulzeit bis hin zu einem gelungenen Ausbildungsabschluss vonnöten.

### **Die erschöpften EinzelkämpferInnen (Typ 2)**

Typ 2 umfasst sowohl alleinerziehende Eltern als auch Paare mit Kindern. Er zeichnet sich durch eine überproportionale Arbeitsbelastung im Familien- und Berufsalltag aus, ohne jedoch in Berufen wie Bürokauffrau oder Verwaltungsangestellter im einfachen öffentlichen Dienst ein Einkommen oberhalb des soziokulturellen Existenzminimums zu erreichen („Working poor“). Neben einer hohen Arbeitsbeanspruchung führen Krankheiten und deren Folgen zu chronischen Erschöpfungszuständen – oft verbunden mit der Erfahrung, auch von offizieller Seite „alleingelassen“ zu werden. Es handelt sich um Haushalte, die den Alltag für sich und ihre Kinder mit den vergleichsweise niedrigsten Äquivalenzeinkommen bewältigen müssen.

Armutslagen treten in der Regel als Folge eines „kritischen“ Lebensereignisses wie Trennung bzw. Scheidung auf, aber auch als Folge der Geburt eines (weiteren) Kindes. Der Umgang mit Armut ist selten als generationsübergreifende Erfahrung vorhanden, ebenso wenig der Umgang mit den zuständigen Ämtern und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe.

#### **Unterstützungsbedarfe für Kinder, die in diesem Haushaltstyp aufwachsen:**

Auffällig ist das Defizit an institutionellen Hilfen, die auf die Bedarfslagen der „erschöpften EinzelkämpferInnen“ und ihrer Kinder abgestimmt sind: Entweder erhalten diese Kinder keinerlei Unterstützung, weil sie keine auffälligen Probleme im Sinne des KJHG zeigen, oder den verantwortungsvollen Müttern werden völlig unangemessene Angebote („Fremdunterbringung der Kinder“) unterbreitet, wie sie für die „verwalteten Armen“ möglicherweise angezeigt wären.

Ihre Kinder bleiben eher unauffällig, sodass sie von durchaus notwendigen materiellen Hilfen und/oder Angeboten zur Entfaltung ihrer Talente und Fähigkeiten im Sinne von Chancen- und Bildungsgerechtigkeit nicht profitieren.

Familiale Netzwerke erweisen sich häufig weniger als Ressource denn als zusätzliche Verpflichtung, etwa, wenn die Alleinerziehenden zusätzlich ihre Mütter mit versorgen, die an beginnender Demenz oder an psychischen Problemen leiden. Damit geraten die Mütter unter hohen Zeitdruck und Stress, was sich auf die Mutter-Kind-Beziehung teilweise belastend auswirkt. Wenn die RepräsentantInnen dieses Typs infolge eigener Erwerbstätigkeit ergänzende Sozialhilfe oder andere Sozialleistungen wie Befreiung von Rundfunkgebühren oder Wohngeld beantragen, ist ein deutlich höherer Verwaltungsaufwand erforderlich als in Haushalten, die überwiegend von Sozialhilfe leben. Jede noch so geringfügige Einkommensänderung muss bei allen Geld gebenden Stellen angezeigt werden. Auch dadurch verstärkt sich der Zeitdruck und die Motivation, erwerbstätig zu bleiben, wird nicht unterstützt, sondern konterkariert.

Mütter (und Väter) diesen Typs benötigen gezielte Hilfearrangements, um ihre Ausbildung beenden oder ihre Erwerbstätigkeit fortsetzen zu können. Dazu gehören nicht zuletzt verlässliche, qualitativ hochwertige und bezahlbare Angebote zur Betreuung, Bildung und Erziehung ihrer Kinder – aber auch eine sensible Begleitung und professionelle Unterstützung der Kinder selbst bei Entwicklungsverzögerungen oder auftretenden psychischen Problemen. Auch bei diesem Typ wäre ein koordiniertes Vorgehen zwischen verschiedenen Hilfesystemen dringend geboten. Andernfalls besteht die Gefahr, dass die überforderten und gesundheitlich erschöpften Bezugspersonen ihren Kindern nicht mehr gerecht werden können und schlimmstenfalls sogar als Erziehungsberechtigte infolge von Krankheit ausfallen.

### **Die ambivalenten JongleurInnen (Typ 3)**

Bei den RepräsentantInnen dieses Typs handelt es sich um Menschen, die familienbiografisch zumindest durch sequenzielle Erfahrungen mit Armut geprägt sind. Sie besaßen aber objektiv betrachtet durchaus Handlungsoptionen, ihre Lebenssituation entweder zu verbessern oder zu ihrem Nachteil zu verändern. Psychologisch begründbare ambivalente Persönlichkeitsstrukturen münden in Verhaltensweisen, die üblicherweise als unvernünftig bezeichnet werden. Es werden hohe Kredite aufgenommen, ohne in hinreichendem Maße die damit verbundenen finanziellen Verpflichtungen zu bedenken, die das für die Zukunft nach sich zieht. Es dominieren Verhaltensmuster, diese Konsequenzen zu verdrängen oder man setzt auf das Prinzip „Hoffnung“, dass sich schon alles zum Guten wenden werde.

Auffällig ist des Weiteren, dass trotz einer bestehenden Überschuldung des Haushalts keine Hilfe bei der Schuldnerberatung gesucht wird, obwohl die Überschuldungssituation teilweise bereits hoffnungslos unübersichtlich ist und psychisch durchaus als belastend empfunden wird.

Es werden vergleichsweise teure Wohnungen angemietet, die allerdings voraussetzen, dass der befristete Arbeitsplatz in einen unbefristeten verlängert wird oder dass sich eine andere Erwerbsmöglichkeit eröffnet, was jedoch mit einem erheblichen Risiko behaftet ist. Ausbildungen werden kurz vor dem Berufsabschluss abgebrochen, ohne sich zu vergegenwärtigen, dass sich damit die Bedingungen auf einen Einstieg in das Erwerbsleben massiv verschlechtern.

**Unterstützungsbedarfe für Kinder, die in diesem Haushaltstyp aufwachsen:**

Beratungsprozesse mit Müttern und Vätern dieses Typs müssen darauf ausgerichtet sein, gemeinsam mit den Betroffenen solche Beratungsziele zu entwickeln, die von ihnen mitgetragen und mitverantwortet werden. Hilfeplanung schließt dabei die Berücksichtigung von psychologischen Ressourcen und Grenzen der Ratsuchenden gleichermaßen ein. Kinder, die unter diesen Herkunftsbedingungen aufwachsen, erleben Erwachsene, die oft ein hohes Anspruchsniveau haben, häufig aber nicht mit Geld umgehen können. Problemverdrängung ist eine hier häufig anzutreffende, aber kaum erfolgreiche Alltagsbewältigungsstrategie.

Auch bei den Kindern bestehen häufig ausgeprägte Konsumwünsche, aber auch vielfältige Probleme und Sorgen. Das Spannungsverhältnis zwischen Anspruch und Realität im Elternhaus, eine häufig gegebene oder drohende Überschuldung belastet auch die Kinder. Das kann sich in mangelnder Konzentrationsfähigkeit, Schulschwänzen, Aggressivität etc. äußern. Auch hier ist ein ebenso spezifisches wie koordiniertes Angebot an Hilfen gefragt, das die häusliche Situation entsprechend berücksichtigt.

Das hohe Ausmaß von Überschuldungen, wie es bei Typ 3 vergleichsweise häufig anzutreffen ist, wäre ohne entsprechende Kreditvergabepraktiken seitens einschlägiger Finanzdienstleistungsunternehmen nicht möglich. Im Sinne einer vorausschauenden Schadensbegrenzung muss hier dringend über rechtzeitig einsetzende Barrieren nachgedacht werden.

### **Die vernetzten Aktiven (Typ 4)**

Das hervorstechende Charakteristikum der vernetzten Aktiven besteht in ihrem Eingebundensein in ein unterstützendes familiales Netzwerk und/oder in ihrer Fähigkeit, institutionelle Hilfen selbstbewusst und aktiv in ihren Alltag zu integrieren. Darunter befinden sich allein-erziehende Mütter, die studieren oder ein Studium absolviert haben. Obwohl sie, insbesondere durch das Verhalten der Kindesväter, schwere persönliche Enttäuschungen verkraften mussten, zeigen sie als Sozialhilfe beziehende Mütter ein gewisses Selbstbewusstsein und sind in der Lage, ihre Situation nicht als individuelles Versagen zu deuten, sondern den Alltag mit ihren Kindern bestmöglich zu gestalten. Sie nehmen die Sozialhilfe als ein ihnen zustehendes Grundrecht in Anspruch und loten die Möglichkeiten, die das Bundessozialhilfegesetz zur Verbesserung ihrer Lebenssituation bietet, kenntnisreich aus.

Über die gängigen Hilfen der Sozial- und Jugendhilfe hinaus mobilisieren sie, wenn es erforderlich wird, auch andere kommunale AkteurInnen, darunter Frauenbeauftragte oder KommunalpolitikerInnen, wenn sie auf den einschlägigen Verwaltungswegen scheitern. Unterstützung durch die familialen Netzwerke erfolgt in Form von direkten monetären Transfers wie monatliche Geldzahlungen durch die Eltern oder durch indirekte Unterstützungsleistungen, beispielsweise durch die Mitbenutzung eines Pkw. Darüber hinaus übernehmen die Großeltern teilweise verlässlich und regelmäßig die Betreuung der Kinder oder helfen tatkräftig bei der Wohnungsrenovierung.

Diese familialen Netze sind im Grunde kaum zu ersetzen. Der Alltag der RepräsentantInnen des Typs 4 ist zwar ebenso wie der der verwalteten Armen, der erschöpften EinzelkämpferInnen und der ambivalenten JongleurInnen durch eine Vielzahl von Problemen gekennzeichnet. Diese bewältigen sie aber aufgrund der ermutigenden und verlässlichen Unterstützung durch familiale Bezugspersonen sowie über die Mobilisierung von institutionellen Hilfen vergleichsweise gut. Hinzu kommt, dass es sich um stabile Persönlichkeiten mit Selbstbewusstsein und einem hohen Energiepotenzial handelt. Sie besitzen vielfältige Daseins- und Alltagskompetenzen und hatten überdies häufig das Glück, selbst in einem unterstützenden und gedeihlichen Umfeld aufgewachsen zu sein.

Gleichwohl bleibt festzustellen, dass die monetären Spielräume in diesen Familienhaushalten überwiegend so eng bemessen sind, dass der Ausfall einer einzigen familialen Netzwerkperson – etwa durch Krankheit oder Tod – das bestehende Arrangement der Alltagsbewältigung in prekärer Lebenslage sofort bedrohlich gefährdet.

### **Unterstützungsbedarfe für Kinder, die in diesem Haushaltstyp aufwachsen:**

Kindbezogene Hilfen für Typ 4 können sich dezidiert auf die facettenreichen Kompetenzen der Erwachsenen beziehen und ihre vielfältigen Ressourcen einbinden. Weil die Kinder aus diesen Herkunftsfamilien unter sehr bescheidenen materiellen Verhältnissen aufwachsen, sind auch hier gezielte Angebote zu ihrer Förderung und Bildung ein notwendiger Beitrag zur Herstellung von Chancen- und Bildungsgerechtigkeit – etwa eine Beitragsermäßigung oder -befreiung, um an einem Ausflug der Kita teilnehmen zu können oder Zugang zur Musikschule zu erhalten.

Generell benötigen gerade auch Mütter und Väter dieses Typs gezielte Unterstützungsarrangements, vor allem verlässliche und qualitativ hochwertige Angebote zur Kinderbetreuung für alle Altersgruppen, um einer Erwerbstätigkeit nachgehen zu können oder um ihre Ausbildung fortzusetzen und erfolgreich zu beenden.

Die Untersuchungsergebnisse veranschaulichen, dass es nicht „die“ Haushalte in armen und prekären Lebenslagen gibt, sondern typische, aber sehr unterschiedliche Konstellationen von Armut und prekärem Wohlstand mit einem je spezifischen Hilfe- und Beratungsbedarf, der in den herkömmlichen Hilfesystemen bisher keineswegs hinreichend befriedigt wird – schon gar nicht unter Einbeziehung der Ressourcen dieser Haushalte. Diese Praxis konterkariert den Grundsatz der sozialen Arbeit von der „Hilfe zur Selbsthilfe“ oder den viel zitierten Leitsatz vom aktivierenden Sozialstaat.

Die ebenfalls konstatierte, derzeit vorherrschende Trennung von Versorgungs-, Erziehungs- und Beziehungsleistungen in der Praxis der sozialen Arbeit zur Unterstützung von Eltern und Kindern in armen und prekären Lebenslagen muss dringend zugunsten von ganzheitlichen und nachhaltigen Verbundlösungen zur Daseinsvorsorge abgelöst werden. Das bedeutet Kooperation und Vernetzung aller Professionen und Ehrenamtlichen mit dem Ziel, Hilfs- und Unterstützungsangebote „aus einer Hand“ bereitzustellen, die zudem die vorhandenen mentalen und alltagsrelevanten Ressourcen der Betroffenen in dringend benötigte, den Alltag unterstützende Dienste einbinden und den Kindern zu mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit verhelfen.

## **6. Armutsprävention als Grundlage zu mehr Bildungsgerechtigkeit**

Kinder, die unter Bedingungen von Armut oder prekärem Wohlstand aufwachsen, brauchen vielfältige Bildungsangebote und Anregungen jenseits ihrer Herkunftsfamilie. Sie benötigen Bildungsinstitutionen, die sie viel früher als bisher individuell und ganzheitlich fördern sowie Unterschiede beim Erwerb von Bildung abbauen.

Dazu gehören neben dem Ausbau von qualifizierter Betreuung für Kleinstkinder und ihrer Frühförderung die Verbesserung der Bildungschancen in Kindergarten und Schule. Ein deutlich höherer Stellenwert muss vor allem die verstärkte individuelle Förderung und Begleitung in Primar- und Sekundarstufe erhalten. Gleichmaßen wichtig ist es, auf eine viel zu frühe Selektion in verschiedene Schulformen und auf das Wiederholen von Klassenstufen zu verzichten.

Eine zukunftsorientierte Bildungspolitik muss sich dem Grundsatz „Bildung von Anfang an“ verpflichtet fühlen. Es braucht eine frühe Förderung aller Kinder, eine kostenlose Vorschule von hoher Qualität und durch ErzieherInnen mit zumindest Fachhochschulqualifikation, welche die Lernfähigkeit der Kinder mit stimmigen und überprüften pädagogischen Konzepten unterstützen. Hier liegt einer der Schlüssel für die wirksame Förderung von Kindern aus benachteiligten Herkunftsverhältnissen – vorausgesetzt, Eltern und Kinder werden durch diverse Angebote der aufsuchenden und anleitenden Familienhilfe und -beratung bereits nach der Geburt von Kindern unterstützt und durch passgenaue Angebote entlastet.

Das Grundschulsystem und die Sekundarstufen sollten zusätzlich auf ein ganztägiges Modell der Gemeinschaftsschulen umgestellt werden, in dem die Kinder wie in den meisten europäischen Ländern mit guten Bildungsergebnissen nach ihren individuellen Begabungen gefördert werden. Es geht um Schulstrukturen, die differenzierte Angebote mit vielen Wahlmöglichkeiten, kleine Klassen und einheitlich hohe Bildungsstandards für alle Begabungsstufen offerieren.

Zwecks Ausbildung von sozialer Kompetenz ist schließlich ein intelligenter Umgang mit kultureller Differenz gefragt, anstatt die Abschottung unterschiedlicher Milieus und Lebenslagen weiter zu forcieren und bereits am Ende der Grundschulzeit zu besiegeln.

Bereits in den 1970er Jahren gab es in der fachpolitischen Diskussion eine wissenschaftlich-konzeptionell begründete Präferenz für Ansätze der psychosozialen Prävention bei Kindern. Beratung und Hilfe sollten in einer entsprechenden Infrastruktur professionell sichergestellt werden. Auf diese Weise sollten Krisen und Konflikte im Vorfeld einer Problemeskalation bearbeitet werden, sodass die Trennung von Kind und Eltern bzw. von seinem sozialen Umfeld vermieden werden konnte. In der Konsequenz kam es zum Ausbau von Frühförderzentren und gemeinwesenorientierten Beratungsstellen, die konzeptionell neueste Erkenntnisse der Entwicklungspsychologie und Pädagogik aufnahmen und dezidiert den Zielen von Prävention und Kooperation folgten.

Kontrastiert man den fachpolitisch hohen Stellenwert von präventiven Arbeitsformen mit der heutigen Situation, so fällt eine erhebliche Diskrepanz zwischen Anspruch und sozialer Beratungs- und Hilfepraxis auf. Zwar gehören präventive Ansätze nach wie vor als Option in das Repertoire sozialpsychologischer Dienste. Ihr faktischer Bedeutungsgehalt ist jedoch gegenüber kurativ-interventionistischen Arbeitsformen marginal. Diese Randständigkeit von Prävention steht vor dem Hintergrund des tief greifenden Strukturwandels von Kindheit und Familie in einem auffälligen Gegensatz zu den Bedarfslagen – etwa in den Kindertagesstätten. Zahlreiche Umfragen unter Erzieherinnen haben gezeigt, dass die Belastung des Kita-Alltags durch verhaltensauffällige Kinder inzwischen von den Befragten als das größte Problem in ihrem Berufsleben beklagt wird. Der Bedarf an praktischer und präventiver Unterstützung ist in den Kitas offensichtlich so groß, dass Erzieherinnen vielfach das Gefühl haben, weder ihrem pädagogischen Basisauftrag noch den betroffenen Kindern gerecht werden zu können. Diese Diskrepanz verstärkt sich im Grundschulalter der Kinder und läuft in der chronisch unterfinanzierten und bildungspolitisch vernachlässigten Schulform der Hauptschule offensichtlich immer öfter aus dem Ruder, wie unter anderem die jüngsten Ereignisse an der Rütli-Schule in Berlin zeigen.

Folglich braucht es eine präventiv angelegte und sozialräumlich orientierte Kooperation zwischen sozialpädagogischen, sozialpsychologischen, aber auch familienbezogenen gesundheitlichen und hauswirtschaftlichen Diensten, um Kinder und ihre Eltern so früh wie möglich zu erreichen und beim Aufwachsen zu begleiten. Es geht dabei weniger um die Etablierung neuer Dienste und Hilfsangebote als vielmehr um ihre verstärkte passgenaue Ausrichtung an den veränderten Lebens- und Problemlagen von Kindern und ihrem häuslichen Umfeld sowie um eine strukturell bessere Vernetzung und Abstimmung der bestehenden Infrastrukturen vor Ort. Die Möglichkeiten für kooperative und interdisziplinäre Ansätze im Sozialraum werden bislang allerdings nur unzureichend erschlossen. Es überwiegt ein Herangehen, bei dem Kita, Schule, Familienbildung und Jugendhilfe ihre je „eigene“ Perspektive von (Armut)prävention oder Bildungsgerechtigkeit entwickeln.

Wie groß der Handlungsbedarf in dieser Hinsicht ist, verdeutlichen die nachfolgenden Beispiele:

**Beispiel 1:** Die Kooperation zwischen Erziehungsberatungsstelle und Kindertageseinrichtungen war bisher auf den Einzelfall fixiert. „... ErzieherInnen versuchen, selbst mit auffälligen Kindern fertig zu werden und Eltern mit Problemen zu beraten ... (und) fühlen sich durch die vielen auffälligen Kinder überfordert und überlastet ... . Die MitarbeiterInnen der psychosozialen Dienste warten in ihren Sprechzimmern auf Klienten und werden meist mit ‚schweren‘ Fällen konfrontiert.

So arbeiten zwei ‚stark voneinander abgegrenzte Systeme‘ defensiv nebeneinander her und tun sich schwer mit ihrem Auftrag, effektiv und rechtzeitig auf Behinderungen, Entwicklungsverzögerungen und Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern zu reagieren“ (Pellander et al. 2003, S. 37).

**Beispiel 2:** Trotz der Verpflichtungen zu Schuleingangs- und Reihenuntersuchungen wird etwa ein Drittel der Kinder nach der dritten Vorsorgeuntersuchung keinem Arzt mehr vorgestellt. Bestimmte Behinderungen können sich unter Umständen unerkannt entwickeln und die Bildungs- und Lebenschancen dieser Kinder dauerhaft beeinträchtigen. Hier fehlt es an einer konsequenten, dringend notwendigen Kooperation zwischen niedergelassenen Ärzten, Kinderkrippe, Beratungsstelle und Gesundheitsamt etc. (VfK 2005, S. 286).

**Beispiel 3:** Bei einer Untersuchung von Kindern in Berlin-Spandau, die sich in einer Förderungsmaßnahme befanden, wurden viele Lernbehinderte oder gar geistig Behinderte identifiziert. Die gut gemeinte Fördermaßnahme führte aber nur zu Stress und Überforderung der Kinder. Hier stellt sich die Frage nach einer angemessenen Problemdiagnose und der dafür erforderlichen Kooperation zwischen medizinischen und sozialpsychologischen Diensten (VfK 2005, S. 210).

Auch die seit 1997 vom Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik längsschnittlich erforschten Lebenslagen und Zukunftschancen von (armen) Kindern bestätigen, dass sich Armut von frühester Kindheit an zeigt und in langfristigen Wirkungen manifestiert. Arme Kinder sind nachweislich beeinträchtigt, was ihre materielle Situation, ihre soziale Integration und ihre Bildungschancen betrifft. Diese ebenfalls durch PISA und jüngst in PISA-E belegte Erkenntnis zeigt sich keineswegs erst bei den Fünfzehnjährigen, sondern bereits bei den sechsjährigen Kindern. Im Zeitverlauf betrachtet, ist diese Entwicklung das Resultat eines Sozialisationsprozesses, der schon in der Kita-Zeit – so die Langzeitstudie – erkennbar wird und sich in der Grundschulzeit massiv verstärkt (Holz et al. 2005). Dieser Prozess kumuliert dann durch die soziale Selektion im dreigliedrigen Schulsystem weiter: Auf diese Weise produziert die bundesdeutsche Gesellschaft in zunehmendem Maße „Kellerkinder“ (Klaus Klemm), die ohne oder mit abgewertetem Hauptschulabschluss auf den Arbeitsmarkt treten und dort zunehmend ohne Chance auf eine existenzsichernde Berufsperspektive sind. Wenn kein einziger Abgänger des letzten Jahrgangs der Rütli-Hauptschule eine Lehrstelle bekam, Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit bei den Jugendlichen dominieren, ist Gewalt im Schulalltag und Lernverweigerung mit der Begründung „Ich werd’ eh Hartz IV“ auch nicht verwunderlich.

Kooperatives und interdisziplinäres Arbeiten als erklärtes Ziel einer stärkeren öffentlichen und professionellen Verantwortlichkeit für Kinder und deren Eltern meint in diesem Zusammenhang mehr als die Abstimmung der Zusammenarbeit verschiedener Dienste unter Beibehaltung einer selbst definierten Zuständigkeit und auch mehr als die Regelung von Schnittstellen und Zuständigkeiten. Es geht ebenso um die gegenseitige Anerkennung der Vielfältigkeit und Wertschätzung der je anderen Fachlichkeit und zwar „auf gleicher Augenhöhe“ und um die gemeinsame eindeutige Klärung der zu bearbeitenden Problematik. An die Stelle des Abarbeitens von Vorgaben muss die Entwicklung von bedarfs- und passgenauen Konzepten treten, welche die jeweiligen Kontextbedingungen vor Ort berücksichtigen. Zugleich ist es erforderlich, Erfolgsbewertungen und Qualifizierungsmaßnahmen gemeinsam vorzunehmen. Ziel muss es sein, eine stabile kindheits- und familienbegleitende Präventionskette aus professionellen Hilfen, semiprofessioneller Unterstützung und ergänzender Laienkompetenz zu knüpfen.

Für Kinder aus benachteiligten Familien gleiche Lebens- und Bildungschancen herzustellen, ist das Ziel sehr unterschiedlicher Projekte. Einige Best-Practice-Beispiele, die sich auf die ersten Lebensjahre beziehen, seien hier kurz angesprochen:

#### **Hausbesuche und aufsuchende Familienhilfen nach der Geburt eines Kindes**

Dadurch sollen Mütter und Väter im Übergang zur Elternschaft systematisch begleitet und gestärkt werden. Hebammen, Kinderärzte, Mütterpflegerinnen und Familienhelferinnen übernehmen diese Funktionen und kooperieren mit bestehenden Diensten und Hilfesystemen vor Ort. Dieses koordinierte Vorgehen zielt auch darauf ab, dass bei Säuglingen und Kleinkindern bestehende Förderbedarfe möglichst frühzeitig erkannt und entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden können.

#### **Bildungs- und Kursangebote für junge Eltern**

Solche Angebote sind niedrigschwellig zu konzipieren und an geeigneten Orten bzw. Institutionen wie an bestehenden Gesundheitsdiensten etc. anzusiedeln. Vertrauenspersonen wie Pfarrer, Ausländerbeauftragte, Vertreter von Jugend-, Sozial- und Gesundheitsämtern übernehmen die Aufgabe, über bestehende Angebote immer wieder zu informieren und zu ihrer Inanspruchnahme zu ermutigen.

#### **Erhöhung der Nutzung von Vorsorge- und Reihenuntersuchungen**

Mütter werden bereits während der Schwangerschaft über Notwendigkeit und Vorteile der regelmäßigen Inanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen aufgeklärt und durch Einladungs- und Erinnerungsschreiben, die gegebenenfalls mehrsprachig abzufassen sind, aufgefordert, im Interesse ihrer Kinder diese Termine einzuhalten.

Wenn diese Strategie ohne Erfolg bleibt, erfolgt eine aufsuchende Beratung durch MitarbeiterInnen des öffentlichen Gesundheitsdienstes oder des Jugendamts bzw. durch Personen, die die betreffenden Eltern in der ersten Lebensphase ihres Kindes professionell begleitet haben.

### **Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu Familienzentren nach dem Vorbild der englischen Early-Excellence-Centres**

Insbesondere in belasteten Stadtteilen ist gerade die Kita ein Ort, an dem Eltern ohne stigmatisiert zu werden, andere Eltern treffen können und ihnen Erzieherinnen bei vielen Fragen der Alltagsorganisation und Alltagsbewältigung beratend zur Seite stehen. Da Erzieherinnen der Kita in der Regel einen guten Einblick in die Lebensverhältnisse der ihnen anvertrauten Kinder haben, bietet es sich an, Eltern an diesem Ort Bildungsangebote zu Fragen der Kindererziehung, der Haushaltsführung, der Ernährung und Gesundheit bereitzustellen, um entsprechende Kompetenzen zu stärken und die Eltern selbst aus ihrer Isolation herauszuholen. Diese Angebote sollten aber auch für all jene Eltern und deren Kinder zugänglich sein, die keine Kindertagesstätte besuchen und vorhandene Hilfsangebote vor Ort nicht nutzen. Das kann durch eine verbindliche Kooperation mit den im Stadtteil vorhandenen sozialen und familienbezogenen Diensten erreicht werden und zielt auf die Entfaltung einer Kultur des „Aufeinander-Achtens“.

### **Aufbau und Vernetzung von sozialräumlichen Hilfesystemen**

Obwohl es in der Fachöffentlichkeit einen breiten Konsens über die Notwendigkeit zur Kooperation zwischen verschiedenen Diensten gibt, scheitert diese Bestrebung in der Realität sehr oft an versäumtem Verwaltungshandeln, einer ressortgebundenen Finanzierung von Projekten oder auch schon an der Befürchtung, das eigene Profil oder gar die Existenzberechtigung zu verlieren. Deshalb ist es dringend erforderlich, einen Verständigungs- und Kooperationsprozess entlang der Leitfrage zu entwickeln, wie Kindern und ihren Eltern in benachteiligten Lebenslagen eine bestmögliche und individuelle Unterstützung im Sozialraum gewährt werden kann. Dieser Prozess erfordert klare und verbindliche Regeln der Kooperation zwischen allen Beteiligten mit dem Ziel, ein integriertes Gesamtkonzept der kurzen Wege zu entwickeln, in dem die vor Ort bestehenden Angebote bedarfsorientiert aufeinander bezogen und keinesfalls konkurrierende Angebote vorgehalten werden.

### **Qualifizierung und Weiterbildung von Fachkräften**

Aufgrund der vielfältigen neuen Anforderungen an die professionelle Begleitung von frühkindlicher Förderung und Bildung von Kindern aus benachteiligten Herkunftsmilieus ergeben sich schließlich Konsequenzen für die Qualifizierung und die Weiterbildung der in diesem Prozess zusammenwirkenden Fachkräfte.

So ist ihre Sensibilisierung und die Vermittlung von Kenntnissen über gesellschaftliche Strukturveränderungen (Armutsentwicklung, Strukturwandel von Familie und Kindheit) ebenso erforderlich wie der Zugang zu neuesten Ergebnissen der neurobiologischen, entwicklungspsychologischen oder der Resilienz-Forschung. Schließlich erfordert auch die Kooperation mit semiprofessionellen MitarbeiterInnen und Laien bzw. die Zusammenarbeit mit VertreterInnen anderer Hilfesysteme eine hoch professionelle Arbeit, die auf eine entsprechende Qualifizierung fußt.

## **7. Fazit**

Der Vergleich mit den Entwicklungschancen nicht armer Kinder zeigt, dass Beeinträchtigungen und Auffälligkeiten von Kindern frühzeitig und dauerhaft vermeidbar sind. Das setzt allerdings eine Politik und Praxis aller gesellschaftlichen Akteure voraus, die passgenauen Präventionsstrategien uneingeschränkte Priorität einräumt – beginnend mit der Schwangerschaft und der gezielten Frühförderung der Kinder ab ihrer Geburt. Vornehmlich sind es Betreuungs-, Bildungs- und Hilfesysteme, die mit ihren Konzepten und Hilfsangeboten auf eine stetig wachsende Zahl von Kindern reagieren müssen, deren Eltern selbst zeitlebens keinen beruflichen Abschluss erlangen – mit allen Konsequenzen, die daraus für die Lebens- und Bildungschancen dieser Kinder erwachsen. Vielfältige Projekte und Modellversuche, wie sie vor Ort erprobt werden, um diesen Entwicklungen wirkungsvoll und frühzeitig zu begegnen, gilt es in die Regelpraxis zu übertragen und durch adäquate politische Rahmenbedingungen auf allen föderativen Ebenen zu flankieren.

Zwar ist der dringend notwendige Abstimmungs- und Koordinierungsbedarf innerhalb des föderalen Systems im Grundsatz unbestritten – Konsequenzen werden daraus aber nicht gezogen. Pointiert gesagt: Wir brauchen auf allen Handlungsebenen nicht nur eine Politik für mehr Kinder, sondern auch eine stärkere öffentliche Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern in benachteiligten Lebensumständen, um dem Ziel von Bildungsgerechtigkeit ein Stück näher zu kommen. Gemeinsame, verbindliche Ziele und eine klare Aufgabenteilung sind dazu dringend erforderlich. Nicht zuletzt angesichts der demografischen Entwicklung unserer Gesellschaft zählt jedes Kind.

## Literatur

Ahnert, L. (2003): Frühe Kindheit: Bindungs- und Bildungsgrundlagen. In: frühe kindheit. die ersten sechs Jahre, Heft 5, S. 9-12

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (2001): Lebenslagen in Deutschland. Daten und Fakten. Materialband zum ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bonn

Chassè, K. A./Zander, M./Rasch, K. (2003): Meine Familie ist arm. Wie Kinder im Grundschulalter Armut erleben und bewältigen. Leske und Budrich. Opladen

DPWV = Der Paritätische Wohlfahrtsverband – Gesamtverband (2005): „Zu wenig für zu viele“. Kinder und Hartz IV. Eine erste Bilanz der Auswirkungen des SGB II. Berlin

Eggen, B. (2004): Ökonomische Situation der Familien in Deutschland. Expertise für den 7. Familienbericht der Bundesregierung, Stuttgart

Holz, G. et al. (2005): Zukunftschancen für Kinder. Wirkung von Armut bis zum Ende der Grundschulzeit. Endbericht der 3. AWO-ISS-Studie, Bonn/Berlin/Frankfurt

Klocke, A. (1998): Reproduktion sozialer Ungleichheit in der Generationenfolge. In: Berger, P. A., Vester, M. (Hg.): Alte Ungleichheiten – Neue Spaltungen, Opladen, S. 211-251

Lange, A./Lauterbach, W./Becker, R. (2002): Armut und Bildungschancen. In: Butterwegge, C./Klundt, M. (Hg.): Kinderarmut und Generationengerechtigkeit, S. 153-170

Laucht, M. et al. (1999): Was wird aus Risikokindern? Ergebnisse der Mannheimer Längsschnittstudie im Überblick. In: Opp, G./Fingerle, M./Freytag, A. (Hrsg.): Was Kinder stärkt: Erziehung zwischen Risiko und Resilienz, München, S. 71-93

Meier, U./Preuß, H./Sunnus, E. (2003) : Steckbriefe von Armut. Haushalte in prekären Lebenslagen. Wiesbaden

Pellander, F. (2003): ERIK – Zusammenarbeit hilft vorbeugen. In: AWO Bezirksverband Niederrhein (Hg.): Kleine Kinder Große Chancen. Initiativen und Netzwerke zur Armutsprävention bei Kindern und Familien, S. 36-58

Schlevogt, V./Nowak, I. (2003): Mo.Ki – Monheim für Kinder. In: AWO Bezirksverband Niederrhein (Hg.): Kleine Kinder Große Chancen. Initiativen und Netzwerke zur Armutsprävention bei Kindern und Familien, S. 25-33

Strohmeier, K.P. (1993): Pluralisierung und Polarisierung der Lebensformen in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 17

VfK = Verein für Kommunalwissenschaft e. V. (2005): Wer steuert die Kinder- und Jugendhilfepolitik? Ein Streitgespräch zwischen Fachexperten. In: Verändertes Kinder- und Jugendhilferecht und seine Auswirkungen auf die Praxis, Berlin, S. 274-289

Wustmann, C. (2004): Resilienz. Widerstandsfähigkeit von Kindern in Tageseinrichtungen fördern. Weinheim/Basel

Zimmermann, G. H. (2000): Ansätze zur Operationalisierung von Armut und Unterversorgung im Kindes- und Jugendalter. In: Butterwegge, C. (Hg.): Kinderarmut in Deutschland, Frankfurt a. M.

ZUMA = Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (2005): Relative Armut und Konzentration von Einkommen deutlich gestiegen. In: ISI, 33, S. 1-6